

DIE ANTISEMITISCHE BOYKOTT- KAMPAGNE GEGEN ISRAEL

**Inhalte,
Ziele,
Gegenstrategien**

Remko Leemhuis



Die antisemitische Boykottkampagne gegen Israel.

Inhalte, Ziele, Gegenstrategien

Autor: Remko Leemhuis

Redaktion: Mona Huber, Fabian Weißbarth, Valentin Wutke

**Die antisemitische Boykottkampagne
gegen Israel.**

Inhalte, Ziele, Gegenstrategien

Inhalt

#1 Vorwort	4
#2 Was ist BDS?	6
#3 BDS in eigenen Worten	9
#4 Wie arbeitet BDS?	10
#5 BDS und antisemitische Vorfälle	14
#6 Politik gegen BDS	17
#7 BDS an Universitäten	19
#8 BDS und die Kirchen	21
#9 Gegenstrategien	23

#1

Vorwort

■ Seit dem Jahr 2005 macht die BDS-Kampagne (BDS: Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) vor allem im angloamerikanischen Raum auf sich aufmerksam. Auch in Deutschland versuchen seit einigen Jahren Aktivisten unter dem Label „BDS“ den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu Israel zu schaden. Ihr Hauptziel ist es, Israel politisch, ökonomisch und kulturell zu isolieren. Unternehmer, Verbraucher, Künstler und Sportler sollen jede Form der Zusammenarbeit mit Israel bzw. Israelis beenden. Die Kampagne kann sich auf prominente Unterstützer berufen, zu denen unter anderen der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu, die US-Philosophin Judith Butler oder der Frontmann von Pink Floyd, Roger Waters zählen. Auch der weltberühmte Physiker Stephen Hawking gehörte zu dieser Gruppe.

Im Zentrum der Kampagne steht das Narrativ, dass allein Israel die Verantwortung für den Konflikt mit den Palästinensern trage. Diese einseitige Schuldzuweisung sowie die immer wieder artikulierten Unwahrheiten über den jüdischen Staat und den Konflikt mit den Palästinensern führen zu einem verzerrten Blick auf die tatsächlichen Gegebenheiten.

Die Kampagne zielt nicht nur auf die Beschädigung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel, sondern strebt eine internationale Isolierung des jüdischen Staates und letztlich seine Zerstörung an. Dieser Angriff auf das Existenzrecht Israels ist nicht eine Randerscheinung der Kampagne, sondern bildet dessen Kern.

Schon diese aggressive Agenda dementiert die Selbstdarstellung der Aktivisten als gewaltfreie Friedensinitiative. Ganz im Gegenteil kommt es im Umfeld von BDS-Aktivitäten immer wieder zu gewalttätigen antisemitischen Angriffen. Insbesondere an Universitäten in den USA und Großbritannien ist dies zu einem erheblichen Problem geworden. Ferner schreckt die BDS-Kampagne auch nicht vor einer Zusammenarbeit mit antisemitischen Terroristen zurück.

Dass die Kampagne bisher hierzulande noch keine großen Erfolge verbuchen konnte, liegt unter anderem auch daran, dass die Forderungen der Kampagne nach einem Boykott Israels deutlich an den NS-Boykott und die Parole „Kauft nicht bei Juden“ erinnert. Dieses historische Bewusstsein ist aber kein Garant dafür, dass die Boykottaktivitäten nicht auch in Deutschland in Zukunft erfolgreich sein können. Daher gilt es, den Bestrebungen von BDS Einhalt zu gebieten, bevor größerer Schaden entsteht.

Dass es BDS mittlerweile durchaus gelingt, beispielsweise Künstler unter Druck zu setzen, hat nicht zuletzt die Kampagne gegen das Berliner Popkulturfestival im Sommer 2018 gezeigt. BDS-Aktivist*innen hatten, wie im Vorjahr, zu einem Boykott des Festivals aufgerufen, weil die israelische Botschaft sich an den Reisekosten eines israelischen Künstlers beteiligte. Aufgrund dieser Kampagne sahen dann tatsächlich mehrere Künstler von einer Teilnahme ab.¹ Bereits 2017 hatten Künstler ihre Teilnahme aufgrund der Aktivitäten von BDS abgesagt.² Dieses Beispiel verdeutlicht, dass es gilt, wachsam zu sein und die Aktivitäten von BDS ernst zu nehmen, bevor die Kampagne größeren Schaden anrichten kann. Denn auch wenn die Aktivist*innen von BDS nur eine kleine und radikale Minderheit sind, sind ihre Aktivitäten doch anschlussfähig an weitverbreitete antisemitische Ressentiments und einseitige Darstellungen Israels und dessen Konflikt mit den Palästinensern.

Diese Handreichung soll sowohl Amtsträgern in der kommunalen Verwaltung und im öffentlichen Dienst als auch Akteuren der Zivilgesellschaft dabei helfen, die Kampagne und ihre Ziele, Inhalte und Praktiken besser verstehen und einordnen zu können.

Dies ist auch deshalb wichtig, weil BDS-Aktivist*innen immer öfter versuchen, öffentliche Mittel und Räume für ihre Aktivitäten zu erhalten. Gerade in einer Zeit, in der Antisemitismus und der Hass auf Israel immer salonfähiger werden, ist es wichtig, dieser gefährlichen Stimmungsmache entschieden entgegenzutreten. Ebenso gilt es hervorzuheben, dass die Aktivist*innen der Kampagne nur eine Minderheit und ihre radikalen Positionen in keiner Weise repräsentativ für all jene sind, die sich um den Frieden zwischen Israel und den Palästinensern bemühen. Ihre Forderungen zielen auf die Zerstörung des jüdischen Staates und sind keine legitime Position im Meinungsstreit. Daher sollte davon abgesehen werden, die Kampagne durch Einladungen und das Zugestehen eines Platzes im öffentlichen Diskurs aufzuwerten. Ganz im Gegenteil muss deutlich gemacht werden, dass die BDS-Kampagne den Austausch und Dialog schwächt und letztlich sogar eine Gefahr für das jüdische Leben hierzulande ist, da es im Umfeld von BDS immer wieder zu antisemitischen Vorfällen kommt.

Deidre Berger

1 www.deutschlandfunkkultur.de/bds-gegen-berliner-pop-kultur-festival-diese-sogenannte.1079.de.html?dram:article_id=421635

2 www.spiegel.de/kultur/musik/pop-kultur-festival-berlin-gruetters-kritisiert-boykott-aufruf-durch-bds-a-1164249.html

#2

Was ist BDS?

■ Boykotte gegen Juden und den jüdischen Staat haben eine lange und unrühmliche Tradition, die bis in die 1920er Jahre zurückreicht. Bereits in der Zwischenkriegszeit versuchten arabische Organisationen mit dem Mittel des Boykotts, Juden in Palästina die Lebensgrundlage zu entziehen. Erstmals systematisiert und vereinheitlicht wurden diese Bestrebungen im Oktober 1945 – also noch vor der Gründung des Staates Israel – mit dem Beschluss der Arabischen Liga, den Jischuw³ zu boykottieren.⁴ Später wurde dieser Boykott ausgeweitet und den arabischen Staaten war es fortan untersagt, Geschäfte mit Unternehmen abzuschließen, die auch in Israel tätig sind.⁵ Diese Beschlüsse gelten noch heute.⁶

Der jüngste Versuch, dem jüdischen Staat durch solche Boy-

kott-Aktivitäten zu schaden und langfristig die Existenzgrundlage zu entziehen, geht auf das Jahr 2005 zurück. Seinerzeit riefen knapp 170 palästinensische Organisationen im Palestinian Civil Society Call zu einem wirtschaftlichen, politischen, akademischen und künstlerischen Boykott gegen Israel auf, der unter dem Begriff BDS zusammengefasst wurde.

BDS steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (engl Boycott, Divestment, Sanctions). Boykottiert werden sollen in Israel produzierte Waren sowie israelische Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen. Auch israelische Sportmannschaften sollen aus Protest gegen die vermeintlichen Vergehen der Regierung in Jerusalem boykottiert und aus Verbänden ausgeschlossen werden.⁷ Unter dem Stichwort Desinvestitionen fordert die Kampagne Banken, Unternehmen und Fonds dazu auf, ihr Kapital aus Israel vollständig abzuziehen und zukünftig nicht mehr in Israel zu investieren. Ferner will BDS Regierungen und internationale Organisationen dazu

bringen, ihre (diplomatischen) Beziehungen zu Israel abubrechen und in einem zweiten Schritt politische und ökonomische Sanktionen zu verhängen. Die Kampagne begründet diese Forderungen mit historisch und politisch unhaltbaren Behauptungen über den jüdischen Staat.

So wird Israel etwa vorgeworfen, im Zuge der Staatsgründung ethnische Säuberungen begangen zu haben und die arabischen Bürger seither systematisch rassistisch zu diskriminieren.⁸ Dabei ziehen die Aktivisten Vergleiche zum südafrikanischen Apartheidsregime.⁹

Aus dieser Dämonisierung leitete die Kampagne ihre drei wesentlichen Forderungen ab. In ihrem Gründungsdokument heißt es, dass Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen so lange aufrechtzuerhalten sind, bis Israel:

3 So wird die jüdische Gemeinde in Palästina vor der Staatsgründung Israels bezeichnet.

4 Für einen vollständigen Überblick siehe Gil Feiler (2002): *From Boycott to Economic Cooperation. The Political Economy of the Arab Boycott of Israel*, S. 21-64.

5 Ebd., S. 34

6 www.fas.org/sgp/crs/mideast/RL33961.pdf

7 www.bds-kampagne.de/themen/fussball/kick-out-israel-from-fifa/

8 Siehe dafür die deutsche Übersetzung: www.bdsmovement.net/call#German (Stand: 6.3.2017)

9 Ebd.



1. Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
2. das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und
3. die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN-Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.“

Bei näherer Betrachtung der inhaltlichen Ausgestaltung dieser drei Forderungen und der damit verbundenen Praxis der BDS-Aktivisten wird rasch deutlich, dass sie nicht weniger als einen Angriff auf die Existenz des jüdischen Staates darstellen.

Zu 1) BDS richtet sich gegen das Existenzrecht Israels

Die Forderung nach einem Ende der „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“¹⁰ in dem Aufruf der Kampagne zielt unumwunden auf die Existenz Israels. Mit dieser Formulierung ist nicht nur das Westjordanland gemeint, sondern das gesamte Gebiet des jüdischen Staates.

Offenbar im Bewusstsein, dass diese offene Forderung nach der Zerstörung des jüdischen Staates gerade in Deutschland kaum mehrheitsfähig ist, hat der hiesige Ableger der Kampagne einen eigenen Aufruf für Deutschland verfasst. In dieser entschärften Variante fordern die Aktivisten: „Beendigung der Besetzung und Kolonialisierung des 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer.“¹¹

Auf der Internetpräsenz von *BDS Deutschland* finden sich beide Aufrufe. Den ursprünglichen Text, der den Abzug von allem „arabischen Land“ fordert, befürworteten 29¹² deutsche Organisationen, die

abgeschwächte Variante 19¹³. Bei genauerem Hinsehen wird allerdings deutlich, dass die entschärfte deutsche Version nur ein taktisches Manöver ist. So haben alle Organisationen, die den deutschen Aufruf unterzeichnet haben, auch den ursprünglichen, internationalen Aufruf unterschrieben. Mit der Unterstützung beider Aufrufe lassen die Anhänger von BDS hierzulande bewusst offen, welcher für sie maßgeblich ist. Bei Kritik können sie sich immer darauf berufen, nur einen Rückzug von den Territorien zu fordern, die nach dem Sechs-Tage-Krieg besetzt wurden.

Zu 2) BDS verkennt den demokratischen Charakter Israels

Alle Bürger Israels, gleich welcher Religion, verfügen über unveräußerliche Grundrechte und ihnen stehen alle Möglichkeiten offen. So sind arabische Israelis Parlamentsabgeordnete, Diplomaten oder etwa Richter am Verfassungsgericht. Der BDS-Kampagne geht es mit dieser Forderung nach „völliger Gleichheit“ allein darum, eine angebliche Ungleichbehandlung zu unterstellen, die wiederum die Behauptung untermauern soll, Israel gleiche dem südafrikanischen

11 www.bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/

12 www.bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/unterstuetzer/

13 www.bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/

10 www.bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/

Apartheidregime gleiche. Natürlich haben Minderheiten wie in allen demokratischen Staaten des Westens auch in Israel mit Vorurteilen und Diskriminierung zu kämpfen. Aber obwohl viele arabische Israelis eine Ungleichbehandlung beklagen, beziehen sich nach einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung über 60 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe dennoch positiv auf Israel.¹⁴

Zu 3) BDS instrumentalisiert die Flüchtlingssituation

Ebenso fordert BDS die Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge. Hier ist wichtig hervorzuheben, dass, anders als bei allen anderen Flüchtlingsgruppen, der Flüchtlingsstatus bei den Palästinensern quasi weitervererbt wird.

Dadurch hat sich seit 1948 die Zahl derer, die als Flüchtlinge gelten, mehr als verfünffacht. Aus den 500.000 bis 750.000 Palästinensern, die im Zuge des Unabhängigkeitskrieges freiwillig oder unter Zwang ihre Heimat verlassen haben, sind so mittlerweile fünf Millionen Flüchtlinge geworden.¹⁵ Wäre es diesen „Flüchtlingen“ erlaubt, sich in Israel niederzulassen, dann wäre dies das Ende Israels als jüdischer Staat. BDS geht es dabei aber keineswegs um das Schicksal der Flüchtlinge. Keine Kritik ist von BDS darüber zu vernehmen, dass diese Flüchtlinge seit Jahrzehnten in den arabischen Ländern in elenden Verhältnissen leben, oftmals nicht arbeiten dürfen und nicht die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes erhalten können. Für BDS sind diese Menschen nur dann von Interesse, wenn sie deren Schicksal gegen Israel instrumentalisieren können.

Aus der Analyse dieser drei Forderungen wird ersichtlich, dass der BDS-Kampagne, entgegen eigenen Verlautbarungen, nichts an einer friedlichen Beilegung des Konfliktes liegt. Im Gegenteil belegen gerade die Forderungen nach einem Abzug von allem „arabischen Land“ und nach der Rückkehr aller „Flüchtlinge“, dass auch die deutschen Ableger der Kampagne dem jüdischen Staat letztlich die Existenzgrundlage entziehen wollen. Denn selbst wenn Aktivisten für sich in Anspruch nehmen, dem deutschen Aufruf zu folgen, der von den Grenzen von 1967 spricht, zielt die Forderung nach dem bedingungslosen Rückkehrrecht auf das Ende Israels als jüdischen Staat hin.

14 www.jpost.com/Israel-News/Survey-60-percent-of-Arab-Israelis-have-positive-view-of-state-506150

15 www.bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/unterstuetzer/

#3

BDS in eigenen Worten

Omar Barghouti (2004,
übersetzt aus dem Englischen)



Die Zweistaatenlösung für den palästinensisch-israeli-

schen Konflikt ist tot. Zum Glück sind wir sie los! Doch bevor die verfaulende Leiche beerdigt wird, müsste jemand eine Todesurkunde ausstellen, damit wir alle die gerechtere, moralischere und deshalb dauerhafte Alternative für eine friedliche Koexistenz zwischen Juden und Arabern im Mandatsgebiet Palästina finden können: die Einstaatenlösung... Die aktuelle Phase weist alle bezeichnenden Eigenschaften dafür auf, dass es sich um das letzte Kapitel des zionistischen Projekts handeln könnte.¹⁶

Ahmed Moor (2010,
übersetzt aus dem Englischen)



Ich betrachte die BDS-Bewegung als ein langfristiges

Projekt mit einem radikal transformativen Potenzial. Ich glaube, letztlich wird der Erfolg der BDS-Bewegung zusammenfallen mit der endgültigen Erlangung des Stimmrechts und der gleichen Rechte für Palästinenser. Anders formuliert, BDS ist kein weiterer Schritt auf dem Weg zum finalen Showdown; BDS ist der finale Showdown. [...] Dieser Gedanke ergibt sich unmittelbar aus der Überzeugung, dass nichts, was einer „Zweistaatenlösung“ ähnelt, jemals existieren wird. Das Ende der Besatzung ist bedeutungslos, wenn nicht auch der jüdische Staat selber beendet wird.¹⁷

As'ad Abu Khalil (2012,
übersetzt aus dem Englischen)



Das wirkliche Ziel von BDS ist der Sturz des israeli-

schen Staates [...] Das sollte als ein unzweideutiges Ziel bezeichnet werden. Hierüber sollte keine Mehrdeutigkeit bestehen. Gerechtigkeit und Freiheit für die palästinensischen Flüchtlinge sind unvereinbar mit der Existenz des Staates Israel.¹⁸

¹⁶ www.electronicintifada.net/content/relative-humanity-fundamental-obstacle-one-state-solution-historic-palestine-12/4939

¹⁷ www.mondoweiss.net/2010/04/bds-is-a-long-term-project-with-radically-transformative-potential/

¹⁸ www.english.al-akhbar.com/node/4289

#4

Wie arbeitet BDS?

Zaid Shuaibi (2013,
übersetzt aus dem Englischen)



Freiheit, Ge-
rechtigkeit und
Rückkehr der
Flüchtlinge so-

wie Selbstbestimmung im Allgemeinen verlangen das Zurückweisen einer Normalisierung und größeren Widerstand gegen Israels mehrstufiges System der Unterdrückung mit Besatzung, Kolonisation und Apartheid. Im Gegensatz dazu sind Oslo und der Friedensprozess ein Normalisierungsprojekt ohne Widerstand gegen die andauernde ethnische Säuberung. Eine absolute Mehrheit der Palästinenser fordert, den selbstmörderischen Oslo-Weg zu verlassen.¹⁹

■ Die BDS-Kampagne bedient sich in ihrer Arbeit einer ganzen Reihe unterschiedlicher Strategien und Methoden, um ihre Ziele zu erreichen. Neben öffentlichkeitswirksamen Kampagnen gegen Institutionen und Personen bringen sich Aktivisten der Kampagne (etwa) auch in Bündnisse ein, die eigentlich andere politische Ziele verfolgen, wie zum Beispiel in der Flüchtlingsarbeit oder wenn es um die Rechte der LGBT-Community geht. Dieses Engagement zielt nicht nur darauf, ihre Forderungen und Positionen bekannter zu machen. Ebenso streben die Aktivisten an, dass durch ihre Präsenz die Hemmschwelle sinkt, mit ihnen zusammenzuarbeiten und ihre Forderungen im Laufe der Zeit legitim erscheinen. Darüber hinaus unterstützen die hiesigen Aktivisten internationale Boykottaufrufe und beteiligen sich an globalen BDS-Aktionstagen, zu denen beispielsweise die alljährliche *Israeli Apartheid Week* gehört. Und selbst gegen Projekte und Veranstaltungen, die dem Dialog zwischen Israelis und Palästinensern dienen, richten sich die BDS-Aktivisten, wenn die Teilnehmer sich im Vorfeld nicht explizit gegen die „israelische Besatzung“, „Koloni-

sation“ und „Apartheid“ aussprechen und sich damit bedingungslos der radikalen Agenda von BDS unterwerfen. So sprachen sich die Akteure der BDS-Kampagne im Westjordanland etwa gegen eine Friedensdemonstration israelischer und palästinensischer Frauen im Oktober 2017 aus. Palästinenser sollten sich nur dann mit Israel treffen, wenn diese „gemeinsam mit ihnen Widerstand gegen die Unterdrückung durch Israel leisten“.²⁰

Im Folgenden soll anhand einiger Beispiele das Agieren von BDS konkret beleuchtet werden.

Fallbeispiel: Die Kampagne gegen SodaStream

Die bis heute bekannteste und aus Sicht der Aktivisten erfolgreichste Kampagne richtete sich gegen SodaStream. Das israelische Unternehmen mit Sitz in Tel Aviv ist Weltmarktführer im Bereich der Wassersprudler und verkauft seine Produkte in 46 Länder.

¹⁹ www.jadaliyya.com/Details/28813/Palestinian-Agency-And-New-Campaigns-In-The-Arab-World-An-Interview-With-Zaid-Shuaibi-On-The-Fourth-Annual-BDS-Conference

²⁰ www.deutschlandfunk.de/demonstration-gegenwind-fuer-palaestinensische.1773.de.html?dram:article_id=397923

In den vergangenen Jahren unterhielt der Konzern auch eine Fabrik in der israelischen Industriezone Mishor Adumim, die im umstrittenen Gebiet des Westjordanlandes liegt. Im Jahr 2014 waren in dieser Fabrik von den 1300 Beschäftigte, 500 Palästinenser aus dem Westjordanland. Sie erhielten den gleichen Lohn wie ihre jüdisch-israelischen und arabisch-israelischen Kollegen. Allein die Lage der Produktionsstätte im Westjordanland war für die Aktivisten Grund, eine Kampagne gegen SodaStream zu initiieren. Auch der deutsche Ableger beteiligte sich mit Kundgebungen gegen das Unternehmen in Berlin, Bonn und Hannover an der Kampagne. Diese Aktivitäten gegen SodaStream erlangten Bekanntheit, da die amerikanische Schauspielerinnen Scarlett Johansson, die seinerzeit Werbung für das Unternehmen machte, unter Druck gesetzt wurde, ihre Zusammenarbeit mit dem Unternehmen zu beenden. Allerdings verteidigte sie ihre Arbeit vehement und gab dem Druck nicht nach.²¹

Aufgrund des internationalen Drucks, dem sich das Unternehmen über einen längeren Zeitraum ausgesetzt sah, wurde die Fabrik

schließlich in das israelische Kernland verlegt und im Jahr 2016 wurden die letzten palästinensischen Arbeiter entlassen. Doch auch nachdem SodaStream seinen Produktionsstandort in das israelische Kernland verlegt hatte, setzte BDS die internationale Kampagne gegen den Konzern fort. Die Protagonisten der BDS-Kampagne warfen dem Unternehmen nun vor, mit der Wahl des neuen Standortes in der Negev-Wüste Beduinen zu vertreiben. Dass die israelische Regierung gezielt die Ansiedlung von Fabriken in dieser Region fördert, um die sehr hohe Arbeitslosigkeit unter arabischen Israelis zu bekämpfen, verschwieg die Kampagne.

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass es den Aktivisten der Kampagne weniger um das Wohl der Palästinenser oder der arabischen Israelis geht. BDS will grundsätzlich israelischen Firmen schaden, unabhängig davon, wie die Firmen sich verhalten, um ihnen auf lange Sicht durch den Boykott wirtschaftlich zu schaden und sie letztlich zu ruinieren.

Fallbeispiel: Die Instrumentalisierung der Flüchtlingsdebatte

Wie bereits erwähnt, versuchen sich die Akteure der Kampagne auch in andere politische Bewegungen und Bündnisse einzubrin-

gen, um ihre Agenda salonfähig zu machen. In Berlin beteiligten sich Anhänger der Kampagne etwa an dem Bündnis *My Right is Your Right*, das sich für die Rechte von Flüchtlingen einsetzt. Dabei trat insbesondere die Gruppe *F.O.R. Palestine* negativ in Erscheinung. Die Gruppe, die auch den deutschen und internationalen BDS-Aufruf unterzeichnet²² hat, fällt immer wieder durch ihr besonders aggressives Vorgehen auf. So fordert sie offen die Zerstörung Israels und unterstützt die tödlichen Messerangriffe auf israelische Bürger.²³

Fallbeispiel: BDS-Kaufhauswächter inspizieren Ladenbestände

Am 11. November 2015 gab die EU-Kommission Richtlinien zur Kennzeichnung israelischer Produkte aus dem Westjordanland,

²² www.bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/unterstuetzer/ und www.bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/unterstuetzende-gruppen-und-organisationen/

²³ So schreibt die Gruppe auf ihrer Webseite: „Wir sind hier in Solidarität mit dem Kampf der Jugendlichen auf den Straßen Al-Khalils, Al-Quds oder Bethlehems, die sich mit Steinen und Küchenmesser gegen bewaffnete Eindringlinge erheben, [...] Alle Formen ihres Widerstandes sind legitim, weil ihr Widerstand an sich legitim ist.“ www.for-palestine.org/de/uber-die-natur-von-gewalt-widerstand-und-solidaritat/

²¹ www.spiegel.de/panorama/leute/scarlett-johansson-verteidigt-werbevertrag-fuer-sodastream-a-958982.html

Ost-Jerusems und den Golanhöhen heraus. Mit diesen Richtlinien wird die Kenntlichmachung von Agrarprodukten wie Obst, Gemüse, Geflügel und Eiern sowie von Kosmetikprodukten aus den umstrittenen Gebieten verbindlich vorgeschrieben. Zukünftig müssen diese Produkte mit einer Herkunftsangabe wie „Westjordanland (israelisches Siedlungsprodukt)“ versehen werden. Die Umsetzung der Richtlinien obliegt den jeweiligen nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission begründete den Schritt damit, dass EU-Bürger über die Herkunft angebotener Produkte genaue Informationen erhalten sollten, bevor sie sich für oder gegen deren Erwerb entscheiden. Das AJC warnte bereits damals, dass diese Entscheidung der internationalen Boykottkampagne gegen Israel Auftrieb geben könnte.²⁴

Dass dies tatsächlich vereinzelt der Fall ist, zeigt ein Beispiel der Kampagne aus Bremen. Dort patrouillierten in weißen Schutzanzügen gekleidete BDS-Anhänger durch verschiedene Läden und Warenhäuser und markierten sämtliche

israelischen Produkte mit einem Aufkleber. Auf diesem war zu lesen: „Vorsicht, das Produkt könnte aus einer illegalen israelischen Siedlung stammen.“²⁵

Ziel solcher Aktionen ist es, ein Klima der Angst für Warenhäuser zu schaffen, in der Hoffnung, dass sie israelische Produkte aus ihrem Sortiment nehmen und andere Kaufhäuser aus Angst erst gar keine aufnehmen.

Exemplarisch für diese Strategie, Druck auf Warenhäuser auszuüben, ist der Fall des weit über Berlin hinaus bekannten Kaufhaus des Westens (KaDeWe), das für kurze Zeit israelische Weine aus seinem Sortiment nahm. Nach massiven Protesten nahm das Kaufhaus die Weine wieder auf. Das Unternehmen gab später an, die EU-Richtlinie falsch interpretiert zu haben.

Gegen diese Kennzeichnung sprechen zahlreiche politische und wirtschaftlicher Gründe.

Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU im Deutschen Bundestag:



Vor dem Hintergrund einer israelfeindlichen Bewe-

gung, die Produkte aus Siedlungsgebieten boykottieren will, ist diese Maßnahme falsch. Sehr wahrscheinlich ist, dass sie zum Zweck israelfeindlicher Kampagnen instrumentalisiert wird. Es steht zu befürchten, dass Einzelhandelsketten nun unter Kampagnendruck geraten und generell darauf verzichten, Produkte aus dem Westjordanland oder Ost-Jerusalem in ihrem Sortiment zu führen. Betroffen wären damit auch die in den Siedlungsgebieten beschäftigten palästinensischen Arbeitnehmer.“²⁶

Doppelte Standards

Weltweit bestehen über 200 ungelöste Territorialkonflikte. Für den EU-Außenhandel relevant sind zum Beispiel der West-Sahara-Konflikt mit Marokko (Produkte aus der West-Sahara werden mit der Herkunftsbezeichnung „Marokko“ gekennzeichnet), die Tibet-

24 www.ajcberlin.org/de/media/berichte/die-eu-richtlinien-zur-kennzeichnung-von-israelischen-waren-aus-den-umstrittenen

25 www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/29164

26 www.cducusu.de/presse/pressemitteilungen/kennzeichnung-israelischer-siedlerprodukte-fuehrt-zu-stigmatisierung

Die antisemitische Boykottkampagne gegen Israel.

Inhalte, Ziele, Gegenstrategien

frage in China oder der Nordzypern-Konflikt. Trotz der Vielzahl weiterer Beispiele wendet die EU spezifische Kennzeichnungsrichtlinien lediglich bei einem Staat an: Israel. Diese Politik ist Israel gegenüber diskriminierend und verdeutlicht, dass die eigentliche Intention hinter der Herausgabe der Richtlinien nicht, wie behauptet, der Verbraucherschutz, sondern die Ausübung politischen Drucks auf den jüdischen Staat ist.

Einseitige Festlegung internationaler Grenzen

Für eine zukünftige, friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern ist die Frage nach dem Verlauf der Grenze ein wesentliches Element. Dieser Verlauf kann nur in direkten Gesprächen zwischen den beiden Konfliktparteien ausgehandelt werden. Mit den Richtlinien nimmt die EU diese Grenzziehung allerdings vorweg, ohne schon bestehende und seit 1967 geänderte Realitäten vor Ort in Betracht zu ziehen.

Zweifelhafte Boykottsymbolik

Nicht nur in Israel, sondern auch bei der jüdischen Bevölkerung in Deutschland werden durch die Kennzeichnungspflicht Erinnerungen an die Boykotte in der Zeit des Nationalsozialismus wach.

EU-Richtlinien auf Kosten realer Verständigung und palästinensischer Arbeitnehmer

Unterschiedlichen Angaben zufolge arbeiten 30.000 bis 50.000 Palästinenser in israelischen Unternehmen im Westjordanland. Damit sind fünf bis zehn Prozent der Palästinenser im arbeitsfähigen Alter in israelischen Unternehmen beschäftigt.

Palästinensische Arbeitnehmer verdienen, dem israelischen Mindestlohngesetz folgend, wenigstens 4500 NIS (ca. 1000 Euro) monatlich. Zum Vergleich: Ein von der Palästinensischen Autonomiebehörde angestellter Lehrer verdient 1500 NIS im Monat, ein palästinensischer Bauarbeiter ca. 1250 NIS.

Doch nicht nur ökonomisch ist dies für die Gebiete wichtig, da die Wirtschaft durch systemische Korruption und Missmanagement am Boden liegt. Es ist auch deswegen wichtig, da diese Kontakte am Arbeitsplatz eine der wenigen alltäglichen Begegnungen zwischen Israelis und Palästinensern sind.

#5

BDS und antisemitische Vorfälle

■ Auch wenn Anhänger der BDS-Bewegung immer wieder betonen, dass es ihnen um eine Kritik der israelischen Politik geht, kommt es im Umfeld von BDS-Aktivitäten nicht selten zu gewalttätigen antisemitischen Vorfällen. Eine Studie aus den USA belegt diesen Zusammenhang für Hochschulen deutlich. So konnte die *AMCHA-Initiative* in den USA nachweisen, dass antisemitische Vorkommnisse an Universitäten zunehmen, wenn BDS auf dem Campus aktiv ist.²⁷ Dabei schrecken Aktivisten der Kampagnen auch nicht davor zurück, jüdische Studierende anzugreifen, die sich nicht offen gegen Israel aussprechen.²⁸ Auch außerhalb der USA ist es im Umfeld von BDS-Aktivitäten bereits zu gewalttätigen Übergriffen gekommen. Dass es einen engen Zusammenhang zwischen BDS und antisemitischen Vorfällen gibt,

liegt wohl auch daran, dass Akteure der Kampagne eine große Toleranz gegenüber Antisemitismus haben. So heißt es in einer Reportage über die Berliner BDS-Gruppe im *Tagesspiegel*:

„Die dritte Aktivistin in der Runde heißt Eva Meier. Sie hält Gaza für ein ‚israelisches Konzentrationslager‘, wirft Israel ‚Genozid‘ an den Palästinensern vor. Beim Gespräch in der Kneipe erklärt Meier, man dürfe Menschen, die ‚Juden sind scheiße‘ oder ‚Ich hasse Juden‘ rufen, nicht gleich Antisemitismus unterstellen. Man müsse schauen, ob sie nicht eigentlich bloß die Politik Israels ablehnten und ob ihnen dafür das richtige Vokabular fehle.“²⁹

Fallbeispiel 1 – Südafrika:

In Johannesburg (Südafrika) kam es im März 2015 im Rahmen einer BDS-Demonstration gegen die *Israeli-Trade-Expo* zu massiven Gewaltandrohungen. So äußerten einige der Teilnehmer: „Wir werden euch töten!“, „Ihr Juden gehört nicht nach Südafrika!“ Die Teilnehmer der Messe mussten daher aus Sicherheitsgründen den Veranstaltungsort über Notausgänge verlassen. Einige Tage danach wurde in der südafrikanischen Hauptstadt Pretoria im Anschluss an eine BDS-Kundgebung ein Lebensmittelgeschäft verwüstet, das israelische Waren und koschere Lebensmittel anbietet. 21 Jugendliche, die den Laden gestürmt hatten, wurden verhaftet.³⁰

Fallbeispiel 2 – Spanien:

Das *Rototom Sunsplash-Festival* bei Valencia (Spanien) hatte im Sommer 2015 auf Druck der regionalen BDS-Gruppe den amerikanisch-jüdischen Reggae-Musiker Matisyahu aufgefordert, sich von der israelischen Politik öffentlich zu distanzieren. Andernfalls, so drohten die Veranstalter, könne er nicht auf dem Festival auftreten. Der Musiker ging auf diese Erpres-

27 www.amchainitiative.org/wp-content/uploads/2016/03/Antisemitic-Activity-at-U.S.-Colleges-and-Universities-with-Jewish-Populations-2015-Full-Report.pdf

28 www.haaretz.com/jewish/features/1.717781/1.717781

29 www.tagesspiegel.de/themen/reportage/anti-israel-kampagne-wie-bds-gegen-israel-hetzt/20573168.html

30 www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4639969,00.html

sung nicht ein und wurde daraufhin ausgeladen. Nur nach massivem internationalem Druck auf die Veranstalter des Festivals zogen diese ihr Auftrittsverbot zurück und Matisyahu konnte spielen. Allerdings wurde er während seines Konzertes als „Mörder“ beschimpft und mit Schuhen und Flaschen beworfen.³¹ Dieser Fall ist auch deswegen von besonderer Brisanz, weil der Künstler keine israelische Staatsbürgerschaft hat. Er wurde allein deswegen attackiert, weil er Jude ist.

Fallbeispiel 3 – Deutschland:

Auch in Deutschland kam es bereits zu antisemitischen Vorfällen im Zusammenhang mit BDS-Aktivitäten. Im März 2016 veranstalteten pro-israelische Aktivisten eine Kundgebung in Berlin-Kreuzberg gegen die Vorführung eines einseitigen Films, der ausschließlich die palästinensische Sicht auf die Sperranlagen darstellt. Dieser sollte im Rahmen der von BDS-Akteuren veranstalteten *Israeli Apartheid Week* gezeigt werden. Die pro-israelischen Demonstranten sahen sich im Verlauf der Kundgebung extremen Beleidigungen ausgesetzt. So riefen Personen aus

dem BDS-Spektrum den Kundgebungsteilnehmern zu: „Ihr sollt alle vergast werden!“ und „Zionisten, verpisst euch aus unserem Kiez!“. Kurz nach Beendigung der Versammlung wurden die Pro-Israel-Demonstranten verfolgt und ihnen wurde unter anderem „ab ins Gas!“ zugerufen sowie der Hitlergruß gezeigt.³² Ebenso haben sich BDS-Aktivisten am Rande der 1. Mai-Demonstration in Kreuzberg im selben Jahr an gewalttätigen Angriffen auf Personen beteiligt, die eine Israelflagge zeigten³³. In Jena demonstrierten am 14. Oktober 2017 Anhänger der BDS-Kampagne gegen ein Konzert des israelischen Künstlers *Kutiman*³⁴. Ein Abgeordneter der FDP im Stadtrat von Jena stellte dazu richtig fest: „Was hat das mit diesem Herrn Kutiman zu tun? Nichts eigentlich! Außer, dass er Israeli ist.“³⁵

BDS und die Verbindungen zum Terrorismus

BDS-Aktivisten verstehen sich zwar als Teil des „zivilen Widerstandes“, pflegen aber dennoch in einigen Fällen gute Kontakte zu extremistischen und terroristischen Organisationen und deren Sympathisanten, insbesondere zur *Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP)*. Die *PFLP*, die 1967 gegründet wurde, ist eine bis heute aktive Terrororganisation, die immer wieder durch besonders brutale Gewalttaten in Erscheinung tritt. So ermordeten Mitglieder der Organisation im Jahr 2014 in einer Synagoge in Jerusalem sechs Betende mit einer Axt, Messern und einer Schusswaffe und verletzten weitere Personen schwer.³⁶ BDS-Aktivisten halten solche Terroranschläge indes nicht davon ab, die Nähe zur *PFLP* zu suchen. Kurz nach diesem Terroranschlag verlas eine Vertreterin des BDS-Ablegers in Berlin eine Erklärung, in der sie die Anhänger der *PFLP* als „Freunde und Genossen“³⁷ bezeichnete. Ebenso bewarben BDS-Unterstützergruppen eine Veranstaltung mit

31 www.kleinezeitung.at/kultur/4805020/FESTIVALEKLAT_Juedischer-Starmusiker-mit-MoerderRufen-empfangen-

32 www.berliner-zeitung.de/berlin/polizei/-ihr-sollt-alle-vergast-werden----polizei-ermittelt-nach-demo-in-kreuzberg-23683134

33 www.youtube.com/watch?v=JYv_MFvIMLY

34 www.twitter.com/van_Faren/status/919277997068378113

35 www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Israelkritische-BDS-Bewegung-in-Jena-nur-lose-organisiert-584929144

36 www.nytimes.com/2014/11/19/world/middleeast/killings-in-jerusalem-synagogue-complex.html

37 www.tagesspiegel.de/themen/reportage/anti-israel-kampagne-wie-bds-gegen-israel-hetzt/20573168.html

der bekannten *PFLP*-Terroristin Leila Khaled im April 2016 in Wuppertal. Khaled, die für zwei Flugzeug-Entführungen im Jahr 1969 und 1971 verantwortlich war und seither eine Ikone des palästinensischen Terrors ist, sagte mit Blick auf Gespräche mit Israel: „Die einzigen Verhandlungen sind die mit dem Messer und der Waffe!“³⁸ Khaled sprach zudem bei BDS-Unterstützergruppen in Schweden, Österreich und in Südafrika. *BDS Berlin* verlas ein Grußwort von Khaled bei einer *PFLP*-Veranstaltung im Jahr 2014.³⁹

Und auch das palästinensische *BDS National Committee* (BNC), das sich um die Koordinierung globaler Aktivitäten von BDS bemüht und erheblichen Einfluss auf die Strategie und Inhalte nimmt, hat keine Scheu vor der Nähe zu Terrororganisationen. Mitglied dieses Gremiums ist schließlich auch der *Council of Palestinian National and Islamic Forces*, zu dessen Mitgliedern wiederum die *Hamas*, der *Islamische Jihad* und die *PFLP* gehören.⁴⁰

Auch der *Hamas*, die die Vernichtung Israels in ihrer Charta festgeschrieben hat, begegnen Aktivisten der Kampagne eher unkritisch und betrachten sie nicht als antisemitische Terrororganisation, wie der *Tagesspiegel* eine Aktivistin zitiert.⁴¹

38 www.bild.de/bild-plus/politik/ausland/terrorismus/terroristin-in-wuppertal-45465862.bild.html?wt_eid=2146608984700288106&wt_t=2147991187500661678

39 www.bdsberlin.org/2014/08/31/rede-auf-der-gedenkveranstaltung-fuer-abu-ali-mustafa/

40 www.bdsmovement.net/bnc

41 www.embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/Die-radikalislamische-Terrororganisation-Hamas.pdf

#6 Politik gegen BDS

■ In der jüngeren Vergangenheit haben sich alle demokratischen Parteien in Deutschland deutlich gegen BDS ausgesprochen. Wir dokumentieren im Folgenden die wichtigsten Äußerungen, Statements und Beschlüsse der Parteien.

Kerstin Griese (SPD),

Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Integration im Deutschen Bundestag:

Die Aktionen der BDS-Bewegung sind gefährlich nahe am Antisemitismus. Die SPD tritt nachdrücklich dafür ein, den Austausch mit Israel in allen Feldern auszubauen – vom Handel über die Wissenschaft bis hin zum Jugendaustausch.⁴²

Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen), Haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion:

BDS-Aktivisten fallen immer wieder durch antisemitische Vorfälle auf. [Die Grünen lehnen daher] einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Politik entschieden ab.⁴³

Gitta Connemann (CDU), Christian Lange (SPD), Vizepräsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft:

Ebenso wollen und dürfen wir nicht hinnehmen, dass die sogenannte BDS-Bewegung („Boykott, Disvestment und Sanctions“) zum Boykott von Israel aufruft und damit auch die deutsch-israelischen Beziehungen massiv belastet.

Aktivisten der BDS-Bewegung stören Veranstaltungen, bei denen Israelis auftreten, sie demonstrieren vor Kaufhäusern, in denen man israelische Produkte kaufen kann. Aus „Kauft nicht bei Juden“ ist ein „Boykottiert Israel und kauft keine israelische Waren“ geworden. Das ist die gleiche hässliche und brutale Sprache. Beides ist Antisemitismus pur! Wir dürfen diesen Hass nicht relativieren oder ignorieren, sondern müssen es beim Namen nennen.⁴⁴

Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE hat im November 2014 beschlossen, dass er Boykottaufrufe gegen israelische Produkte nicht mitträgt und solche Forderungen in der Partei keinen Platz haben dürften.⁴⁵ Auf ihrem Bundesparteitag wandte sich die CDU im Dezember 2016 in einem Antrag gegen BDS und Boykottbestrebungen.⁴⁶ Im gleichen Monat be-

42 www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25130

43 Ebd.

44 www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/bund/im-fokus/category/bund/show-me/80-jahre-novemberpogrome

45 www.archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/handeln-auf-der-basis-unserer-programmatischen-grundsaeetze/

46 Vgl. www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdupt16_sonstige_beschluesse.pdf?file=1

schloss auch die SPD Berlin jegliche Zusammenarbeit mit BDS aus.⁴⁷

Bündnis 90/Die Grünen in Bayern wandten sich im Oktober 2017 auf ihrem Landesparteitag ebenso gegen BDS, die sie als eine „antisemitische, israelfeindliche, reaktionäre und antiaufklärerische“⁴⁸ Bewegung bezeichnen. Die Grüne Jugend sprach sich im Oktober 2017 ebenfalls gegen jegliche Boykottbestrebungen aus.⁴⁹ Auch der Landesverband der Jungen Liberalen in NRW positionierte sich im November 2017 eindeutig gegen BDS.⁵⁰ Im März 2018 beschloss ferner die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen⁵¹ und Niedersachsen⁵² Anträge gegen BDS.

Und im Januar 2018 wandten sich die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag in einem gemeinsamen Antrag gegen Boykottbestrebungen.⁵³

Im Jahr 2018 positionierten sich ebenso die Länderparlamente von Baden-Württemberg⁵⁴, Berlin⁵⁵, Thüringen⁵⁶ und Nordrhein-Westfalen⁵⁷ deutlich gegen BDS.

Und auch die Jugendorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach sich im Sommer des Jahres 2018 gegen die BDS-Kampagne aus.⁵⁸

47 www.parteitag.spd-berlin.de/antraege/gegen-jeden-antisemitismus-nieder-mit-der-antisemitischen-bds-bewegung/

48 www.gruene-bayern.de/nein-zu-antisemitismus-nein-zu-bds/

49 www.gruene-jugend.de/nein-zu-jedem-antisemitismus/

50 www.julis-nrw.de/beschlussammlung/solidaritaet-mit-israel-aktiv-gegen-antisemitismus-und-antizionismus/

51 www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/Beschluss_V3_GRUENE_Gegen_jeden_Antisemitismus_Nein_zur_BDS_Kampagne.pdf

52 www.gruene-niedersachsen.de/boykott-ist-keine-loesung-nein-zu-bds/

53 www.dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/004/1900444.pdf

54 www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/3000/16_3622_D.pdf

55 www.parlament-berlin.de/adocs/18/IIIPlen/vorgang/d18-1061.pdf

56 www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/67720/antisemitismus_in_thueringen_konsequent_bekaempfen.pdf

57 www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-3577.pdf

58 www.jugend.dgb.de/++co++78eaa846-79f4-11e8-bfff-525400d8729f

#7 BDS an Universitäten

■ Auch an Hochschulen versucht die Bewegung, Fuß zu fassen. Ihr Ziel ist es dabei, die akademische Kooperation zwischen deutschen und israelischen Institutionen zu stören und letztlich für einen Abbruch der Zusammenarbeit zu sorgen. Bisher beschränken sich die Aktivitäten an höheren Bildungseinrichtungen weitgehend auf Vortragseinladungen BDS-naher Personen oder Unterschriftenaktionen. So unterzeichneten auch in Deutschland lehrende Wissenschaftler den Aufruf *Anthropologists for the Boycott of Israeli Academic Institutions*.⁵⁹

Aufsehen erregte in diesem Kontext allerdings die Berufung des Professors für islamische Theologie Farid Esack auf die Forum-Humanum-Gastprofessur an der Universität Hamburg im Wintersemester 2016/2017. Der südafrikanische Wissenschaftler ist der Vorsitzende der BDS-Bewegung in seinem Heimatland und hat 2011 maßgeblich dafür gesorgt, dass die Universität Johannesburg ihre Kooperation mit der Ben-Guri-

on-Universität des Negev beendete. Esack fiel aber auch immer wieder durch kontroverse Statements auf. So äußerte er etwa Verständnis für die islamistischen Terrorattacker in Paris im November 2015. Auf seiner Facebook-Seite schrieb er seinerzeit:

„I am not praying for Paris; I am not condemning anyone. Why the hell should I? [...] Stop supporting and funding terror outfits, get out of other people's lands and continents, stop outlawing peaceful resistance such as Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) Movement, to occupations, abandon your cultural imperialism, destroy your arms industry that provides the weapons that kill hundreds of thousands of others every year. [...] The logic is quite simple: When you eat, it's stupid to expect that no shit will ever come out from your body. Yes, I feel sorry for the victims on whom the shit falls. But, bloody hell, own it; it's yours!“⁶⁰

All das war vorher bekannt und dennoch wurde Esack von der Akade-

mie der Weltreligionen auf den Posten berufen. Später distanzierte sich der Beirat der Akademie von dieser Entscheidung.⁶¹

Im Sommer 2017 stürten Aktivisten der Kampagne eine Diskussionsveranstaltung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Rahmen eines Vortrages mit einer israelischen Knesset-Abgeordneten und einer Überlebenden des Holocausts stürten drei BDS-Anhänger massiv und obwohl ihnen Zeit zugestanden wurde, ihre Positionen zu erörtern, beleidigten sie die Referentinnen. Nachdem die Veranstalter die Personen des Saales verwiesen hatten, wurden diese handgreiflich.⁶²

Dass es BDS schwerfällt, an den deutschen Universitäten Fuß zu fassen, ist nicht zuletzt auch den Studierenden zu verdanken. Bereits im Jahr 2016 sprachen sich die studentische Vollversammlung der Universität Hannover und der Student_innenrat (StuRa) der Universität Leipzig⁶³ deutlich ge-

59 www.anthroboycott.wordpress.com/signatories/

60 www.news24.com/SouthAfrica/News/im-not-praying-for-paris-sa-muslim-academic-20151117

61 www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/28009

62 www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-in-berlin-drei-israel-gegnerstoeren-veranstaltung-in-der-humboldt-uni/19974986.html

63 www.stura.uni-leipzig.de/sites/stura.uni-leipzig.de/files/dokumente/2016/07/bds_antrag_fsr_kuwi.pdf

gen BDS aus. Im Jahr 2017 verabschiedeten das Studierendenparlament (StuPa) der Universität Duisburg-Essen⁶⁴ und das Studierendenparlament der Goethe-Universität Frankfurt/Main Resolutionen gegen BDS.⁶⁵ Im November des gleichen Jahres folgten der AStA der TU-Darmstadt⁶⁶ und das Studierendenparlament der Universität Hamburg⁶⁷ mit ähnlichen Beschlüssen. Im Juni und Juli des Jahres 2018 schlossen sich die Studenten an der Universität Oldenburg⁶⁸ und der Humboldt-Universität zu Berlin⁶⁹ ihren Kommilitonen in den anderen Städten an.

Studentische Organe haben jedoch nicht nur an einzelnen Hochschulen gegen BDS Position bezogen. Im Jahr 2016 sprachen sich die Juso-Hochschulgruppen⁷⁰ und der *freie Zusammenschluss der studentInnenschaften (fzs)*⁷¹ deutlich gegen BDS aus. Darüber hinaus positionierten sich die Bundesmitgliederversammlung⁷² von Campusgrün im März 2017 sowie die Bundesdelegiertenversammlung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)⁷³ im Oktober 2017 eindeutig gegen BDS.

64 www.akduell.de/2017/06/stupa-position-gegen-israel-boykott/

65 www.asta-frankfurt.de/aktuelles/stupa-verurteilt-antisemitische-bds-kampagne

66 www.asta.tu-darmstadt.de/asta/sites/default/files/resolution-keine_zusammenarbeit_mit_bds.pdf

67 www.stupa.uni-hamburg.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Vorlagen/Legislatur_2017-2018/V1718-054_Antrag_Antisem_Stupa.pdf

68 <https://www.facebook.com/130078354444629/photos/a.163277331124731.1073741829.130078354444629/250177829101347/?type=3&theater>

69 www.vertretungen.hu-berlin.de/de/stupa/sitzungen/2018/07-02/3_antrag_rcds_bds.pdf

70 www.jusohochschulgruppen.de/meldungen/beschluesse/beschluss.html?&object=297

71 fzs-mv.de/wp-content/uploads/2016/11/reader-nach-der-55mv.pdf

72 www.campusgruen.antragsgruen.de/campusgruen/motion/2702

73 www.rcdsrlp.wordpress.com/themen/beschluesse/verurteilung-von-bds-und-antisemitismus/

#8 BDS und die Kirchen

■ Kirchen sind für die BDS-Kampagne ein attraktiver Kooperationspartner, wie Aktivisten selbst hervorheben. Von dieser Zusammenarbeit verspricht sich die Kampagne eine Legitimierung ihrer Ziele, werden Kirchen in der Öffentlichkeit doch häufig als moralisch und politisch integer wahrgenommen.⁷⁴

Zentral für die BDS-Aktivitäten im kirchlichen Rahmen ist das *Kairos-Palästina-Dokument*⁷⁵ aus dem Jahr 2009. Das Papier palästinensischer Christen versucht unter anderem, theologisch zu begründen, dass die Unterstützung der Palästinenser eine Pflicht für jeden Gläubigen sei. Ein Mittel dieser Unterstützung sehen die Initiatoren in der Etablierung „eines Systems wirtschaftlicher Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegen Israel.“⁷⁶

Ferner sollen sich die Christen für „den Rückzug von Investitionen und für Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des Handels gegen alle von der Besatzung hergestellten Güter einsetzen.“⁷⁷

In Deutschland enthielt sich die katholische Kirche einer öffentlichen Bewertung des Papiers. Jedoch bekennt sich *Pax Christi* vollumfänglich zu BDS.⁷⁸ Die relevanten evangelischen Organisationen und Verbände lehnten das KAIROS-Papier hingegen aufgrund der einseitigen Ausrichtung ab. Dennoch fand das Papier Widerhall unter kleineren konfessionellen Vereinen. So unterstützten etwa der *Jerusalemverein des Berliner Missionswerk*, die *Solidarische Kirche Rheinland* und das *Nürnberg Evangelische Forum für den Frieden* den Aufruf in Teilen

oder gar vollständig. Ferner hat sich in Deutschland ein *KAIROS Palästina Solidaritätsnetz* gegründet, das nach eigener Aussage explizit BDS-Aktivitäten unterstützt.⁷⁹ In einem Aufruf zum 50. Jahrestag des Sechs-Tage-Krieges heißt es unter anderem, dass das Netzwerk sich zur Unterstützung „des gewaltlosen Widerstands gegen die israelische Politik der Besatzung, Kolonisierung und Blockade palästinensischer Gebiete – einschließlich Maßnahmen wie Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS)“ verpflichtet. An anderer Stelle behaupten die Autoren, dass die Erinnerung an den „Holocaust bis heute dazu missbraucht [wird], Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu rechtfertigen.“⁸⁰ Ein klassischer Topos des sekundären Antisemitismus. Anhänger der Kampagne organisierten auch im Umfeld des Evangelischen Kirchentages im Jahr 2017 in Berlin Veranstaltungen.

Im Kontext von BDS fallen auch die konfessionellen Hilfsorganisationen *Brot für die Welt* und *MISE-REOR* wiederholt auf. Auch wenn sie sich selber nicht zu BDS bekennen

74 Siehe zu Kirchen und BDS auch ausführlich: www.compass-infodienst.de/Sebastian-Mohr-Israel-Boykottkampagnen-in-den-deutschen-Kirchen.16270.0.html

75 Vollständiger Titel: „Die Stunde der Wahrheit: ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser.“

76 www.oikoumene.org/de/resources/documents/other-ecumenical-bodies/kairos-palestine-document

77 www.oikoumene.org/de/resources/documents/other-ecumenical-bodies/kairos-palestine-document.

78 So heißt es in dem „Appell für einen neuen israelisch-palästinensischen Friedensprozess: Zeit zur Neuverpflichtung“ unmissverständlich: „Unserer Auffassung nach ist die BDS-Bewegung eine legitime Form des gewaltlosen Widerstands.“ www.bds-kampagne.de/2016/12/01/pax-christi-international-appell-fuer-einen-neuen-israelisch-palaestinensischen-friedensprozess-zeit-zur-neuverpflichtung/

79 www.kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2016/10/KPS-Appell-final.pdf

80 Ebd.

nen, so gibt es doch immer wieder eine Nähe zu Organisationen, die Teil der Kampagne sind.

Brot für die Welt arbeitet mit der NGO *Coalition of Women for Peace*, einer der führenden Organisationen in der BDS-Kampagne, zusammen.⁸¹ Beide Hilfswerke haben ferner gemeinsam eine Reisebroschüre für Israel und die palästinensischen Gebiete herausgegeben, da es, wie im Vorwort ausgeführt, „als ein zusammenhängendes Reiseziel zu betrachten“ sei.⁸² In dieser Broschüre wird nicht nur das KAIROS-Papier unkritisch auf mehreren Seiten erwähnt, sondern dort werden ebenso Reisedienstleister erwähnt, die BDS unterstützen.⁸³

Im September geriet die Evangelische Akademie Bad Boll durch die Organisation einer mehrtägigen Tagung über den Konflikt zwischen Israel und Palästinensern in die Kritik, da sie mehrere Unterstützer der BDS-Kampagne eingeladen hatte. Trotz massiver Kritik, auch aus der Evangelischen Kirche, hielt die Akademie an der Veranstaltung fest.⁸⁴

81 „Anderslautenden Behauptungen zum Trotz hat Brot für die Welt mehrere NGOs bezuschusst, die sich an BDS-Kampagnen gegen Israel beteiligt haben. Unterlagen zufolge, die beim israelischen Register für gemeinnützige Organisationen eingingen, erhielten Coalition of Women for Peace (CWP) und Who Profits zwischen 2012 und 2016 insgesamt 565.930 Schekel (142.620 Euro) von Brot für die Welt. Für 2017 lagen bis einschließlich 21. Juni noch keine öffentlich zugänglichen Zahlen vor.“ www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/ein-fakten-check-zum-faktencheck-des-wdr/

82 www.brot-fuer-die-welt.de/shop/images/2016-06-28_pilgern_2016.pdf

83 Ebd.

84 www.welt.de/politik/deutschland/article181605610/Antisemitische-BDS-Kampagne-Israel-Feinde-zu-Gast-bei-der-evangelischen-Kirche.html

#9

Gegenstrategien

■ Die dargestellten Inhalte der Kampagne und die Beispiele für deren Agieren haben verdeutlicht, dass es sich bei BDS nicht um eine harmlose und dem Frieden verpflichtete Kampagne handelt. Im Gegenteil: BDS arbeitet aktiv gegen die Idee der Zwei-Staaten-Lösung und leistet durch Aktionsformen und Verbindungen zur terroristischen Szene Antisemitismus und Hass Vorschub. Die in dieser Broschüre dargelegten Fallbeispiele zeigen, wohin es führen kann, wenn den BDS-Aktivisten nicht entschlossen begegnet wird. In Deutschland hat die BDS-Kampagne noch nicht im gleichen Ausmaß Fuß fassen können wie in den USA oder Großbritannien. Trotzdem sollte die Kampagne auch hierzulande keinesfalls unterschätzt werden.

Zum Schluss sollen daher vier wichtige Schritte und Maßnahmen vorgestellt werden, die Politik und Zivilgesellschaft unternehmen müssen, damit die anti-israelische Hasskampagne nicht weiter an Boden gewinnt.

1. Null-Toleranz im Umgang mit BDS

BDS stellt im politischen Diskurs zum Nahostkonflikt eine radikale Minderheit dar. Durch ihren Einsatz gegen den israelischen und palästinensischen Frieden stellt sich die Kampagne aktiv dem Dialog über eine Zwei-Staaten-Lösung entgegen. Fakt ist: Weil die BDS-Kampagne bislang eine unbedeutende politische Stimme in Deutschland ist, versucht sie, durch Auftritte im öffentlichen Raum als vermeintlich gleichberechtigter Diskurspartner Legitimation zu gewinnen.

2. Keine öffentlichen Räume und Gelder für BDS

Öffentliche oder kommunale Einrichtungen, kirchliche Träger und politische Parteien sollten daher bei Veranstaltungseinladungen und Raumvergaben darauf achten, BDS-Vertretern kein Podium zu überlassen. Dabei helfen könnte auch eine Anti-Diskriminierungsklausel. Israel ist eine starke Demokratie mit einer aktiven und diversen Zivilgesellschaft von politisch rechts bis politisch links. Dieser Meinungsvielfalt sollte bei Veranstaltungen zur israelischen Gesellschaft oder zum Nahostkonflikt Rechnung getragen werden. Frankfurt und München haben vorgemacht, wie das geht. In Frankfurt dürfen keine öffentlichen Räume mehr an BDS-Anhänger vermietet werden und ebenso dürfen keine öffentlichen Gelder fließen.

In München hat der Stadtrat am 6. Dezember 2017 einen ähnlichen Beschluss gefasst. In Berlin hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller eindeutig erklärt, dass er sich persönlich dafür einsetzen wird, dass BDS-Aktivistinnen und ihre Unterstützer keine öffentlichen Gelder erhalten und ihnen keine öffentlichen Räume zur Verfügung gestellt werden.⁸⁵ Solche eindeutigen Positionierungen von Verantwortungsträgern gegen BDS braucht es häufiger. Hier sind auch die (parteinahen) Stiftungen gefordert, dass die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel, gerade in Israel und den palästinensischen Gebieten, nicht über Umwege für BDS-Aktivitäten verwendet werden. So könnten sie etwa von Mittelempfängern, zum Beispiel im Kulturbereich, Verpflichtungserklärungen verlangen, die so etwas ausschließen.

3. Keine politischen Bündnisse mit BDS

BDS versucht, durch Beteiligung an politischen Bündnissen zu gesellschaftspolitischen und sozialkritischen Anlässen ihre Ansichten zu verbreiten und Legitimation zu erhalten. Wir empfehlen daher auch bei Fragen politischer Koalitionen eine Null-Toleranz-Politik gegenüber BDS. Da die Kampagne Diskriminierung gegenüber Israel einfordert, sollte sie beispielsweise kein Kooperationspartner etwa gegen Rechtsextremismus sein. Wir empfehlen ferner, dass öffentliche Träger sich an keinen politischen Bündnissen, wie etwa gegen Rechtsextremismus beteiligen oder diese unterstützen, wenn BDS-Anhänger ebenfalls teilnehmen.

4. Gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern

Einige Städte und Länder haben bereits Maßnahmen gegen BDS eingeleitet. Damit die genannten Maßnahmen effektiv sind, sollten alle Länder und Kommunen Maßnahmen gegen BDS ergreifen, damit die Kampagne keinen Platz im politischen und gesellschaftlichen Diskurs hat und alle Schlupflöcher geschlossen sind. Ebenso sollte der Bund stärker aktiv werden und seinerseits Maßnahmen gegen BDS vorsehen.

⁸⁵ www.bz-berlin.de/berlin/berlins-buergermeister-mueller-will-staerker-gegen-anti-israelische-bds-kampagne-vorgehen

**Die antisemitische Boykottkampagne
gegen Israel.**

Inhalte, Ziele, Gegenstrategien

Impressum

Herausgeber

American Jewish Committee Berlin Office

Leipziger Platz 15

10117 Berlin

www.ajcberlin.org

V.i.S.d.P.: Deidre Berger

Autor: Remko Leemhuis

Berlin, November 2018